

Arbeitskräftemangel: Inländisches Potenzial nutzen

Aktuelle Stunde: Das von der FBP-Fraktion eingebrachte Thema wurde vom Landtag als dringend eingestuft.

Der Arbeitskräftemangel ist aktuell eine der grössten Herausforderungen für unsere Wirtschaft, darin waren sich die Abgeordneten einig.

Neben der Herausforderung der tiefen Frauenerwerbsquote wird sich mit der Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge die Situation in den nächsten Jahren noch verschärfen. Die Abgeordneten machten somit bei den Frauen und den älteren Arbeitskräften das grösste Potenzial fest, dem Arbeitskräftemangel zu entgegnen. Ausbildungsinitiativen (z.B. in Mint-Fächern) helfen natürlich, gerade um die Arbeitsmarktfähigkeit zu verbessern. Unsere Lehrlingsausbildung ist gut, aber gerade fürs Handwerk braucht es Überlegungen, warum weniger Lehrlinge für diese Berufe begeistert werden können.

Frauenerwerbsquote steigern

Per Ende 2019 gingen 69 % der in Liechtenstein wohnhaften Frauen einer Erwerbstätigkeit nach. Frauen steigen nach wie vor bei Familiengründung oft



(Foto: Shutterstock)

aus dem Erwerbsleben aus. Der Schlüssel für eine höhere Frauenerwerbsquote liegt eindeutig bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier müssen dringend, da sind sich alle einig, die Hebel angesetzt werden. Zum Beispiel der Elternurlaub wird in naher Zukunft im Landtag behandelt werden – einige andere Parameter für die Kinderbetreuung (Kitas, Tagesstrukturen, u. ä.) mit hohem pädagogischem Anspruch sind ebenfalls vertieft zu analysieren. Zudem muss sich Teilzeitarbeit lohnen! Es darf nicht sein, dass ein Lohn fast vollständig für die Kinderbetreuung investiert werden muss.

Neue Modelle für ältere Arbeitskräfte

Es ist heute noch so, dass viele Arbeitnehmer das attraktive Frühpensi-

onierungsmodell nutzen. Zudem gibt es leider noch etliche Betriebe, die aufgrund wenig flexibler Strukturen Arbeitnehmer frühzeitig in Pension «schicken». Wird aber erkannt, dass der Erfahrungsschatz älterer Arbeitskräfte von unschätzbarem Wert ist, denken viele Betriebe rasch um. Es gibt bereits tolle Modelle in der Wirtschaft, um ältere Mitarbeiter länger im Arbeitsprozess zu halten – vermehrte Projektarbeit, raus aus der Linie, hinein in die Stabsstelle, usw. Der Gesetzgeber sollte prüfen, ob flexiblere gesetzliche Regelungen helfen würden.

Work-Life-Family-Balance

Gerade flexible Arbeitszeitmodelle (für Frauen und Männer) sowie altersgerechte bzw. zielpublikumsorientier-

te Weiterbildung sind wohl wichtige Parameter für beide Zielgruppen. Heutzutage besinnen sich viele darauf, dass die eingesetzte Zeit für Familie, Arbeit und Freizeit ausgewogen ist. Dies ist bei heutigen Arbeitsmodellen zu berücksichtigen. Eine Auslegung zwischen Politik und Wirtschaft ist von zentraler Bedeutung, um zu sehen, wer was für eine Verbesserung einbringen kann bzw. muss.

FBP bleibt dran

Wir werden uns in nächster Zeit verstärkt um das Thema kümmern. In diesem Zusammenhang sind auch steuerliche Anreize zu prüfen. Die FBP wird im Rahmen der «Agenda für Liechtenstein» weitere Vorschläge machen.

Landtag

Liechtenstein ist solidarisch

Ich war sehr beeindruckt, wie die Abgeordneten die Debatte rund um den Krieg in der Ukraine geführt haben. Betroffenheit, Fassungslosigkeit und Solidaritätsbekundungen waren zu hören und zu spüren. Wenn man zudem sieht, welche tollen Aktionen in den letzten beiden Wochen in der Zivilbevölkerung entstanden sind, darf man festhalten: Liechtenstein ist solidarisch!

Wir werden in den nächsten Wochen vermutlich etliche, zum Teil kriegstraumatisierte Menschen bei uns aufnehmen. Es wird sich insbesondere um Frauen und Kinder handeln. Gerade die bereits in die Wege geleiteten Schritte in Bezug auf Unterkünfte und Bildungsangebote für Kinder begrüsse ich sehr. In Liechtenstein wurde schnell gehandelt – sei dies bei der humanitären Hilfe oder auch in Bezug auf die Vorbereitung auf potenzielle Flüchtlinge.

Für mich ist klar: Entscheidungsträger, die einen solchen Krieg mittragen, gehören sanktioniert! Dies sehe ich somit explizit anders als die DpL. Ich bin mit jenen Abgeordneten einig, die sich dafür einsetzen, dass die Importe von russischem Gas und Öl raschestmöglich gestoppt werden – ansonsten finanzieren wir indirekt einen solchen Krieg mit. Dies ist aber eine Gratwanderung. Wir sollten unseren Groll nicht auf das russische Volk projizieren, denn es kann für den Krieg ebenso wenig wie das ukrainische Volk. Ich bedanke mich explizit bei Regierung und Landtag für das unbürokratische, rasche Handeln!



Rainer Gopp
Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Aufträge für liechtensteinisches Gewerbe?

Kommentar von FBP-Präsident Rainer Gopp



(Foto: Shutterstock)

Bei der Landtagsdebatte zu einem Nachtragskredit gab es zur Vergabe von IT-Aufträgen eine kontroverse Diskussion, ob liechtensteinische Unternehmen überhaupt noch Chancen haben, Aufträge der öffentlichen Hand zu bekommen. Es darf an dieser Stelle festgehalten werden, dass gerade im Baugewerbe wohl die meisten Aufträge im Land bleiben.

Gerade in der IT-Branche sieht dies anders aus. Die Angebotserstellung ist hier mit sehr hohem Aufwand verbunden. Inländische Unternehmen werden wohl künftig an den Ausschreibungen nicht mehr teilnehmen. Dies kann es m. E. nicht

sein. Es ist unser eigenes Gewerbe, welches Lehrlinge im Inland ausbildet. Es muss möglich sein, dass bei den Vergabekriterien ökologische Aspekte (Fahrdistanzen), kurze Wege für den Service und eben z.B. Ausbildungskriterien stärker berücksichtigt bzw. gewichtet werden, anstatt vordergründig insbesondere die Kostenkriterien in den Mittelpunkt zu stellen. Ich bin auch überzeugt, dass inländische Betriebe in derselben Qualität liefern können, wie dies ausländische tun. Gerade in diesen Zeiten sollten wir unser Gewerbe stärken, und dies wäre ein kleines Puzzlestück dazu.

Stärkung des Landtags geht anders

Kommentar von Judith Hoop und Marcel Kaufmann, FBP-Vizepräsidenten

Unser Koalitionspartner, die Vaterländische Union, beantragte anlässlich der letzten Landtagssitzung zur Aufarbeitung der Covid19-Pandemie die Einsetzung einer Besonderen Landtagskommission, kurz BLK.

Unsere FBP-Fraktion konnte sich jedoch, aus unserer Sicht berechtigt, nicht mit dieser Idee anfreunden. Vonseiten VU wurde in der Debatte suggeriert, dass dies auch zur Stärkung des Landtags beitragen würde, wenn dieser selbstbewusst die Pandemie aufarbeitet. Nun, dies kann vielleicht so gesehen werden. Unseres Erachtens wäre es aber höchste Zeit, wenn der Landtag echt gestärkt würde. Es ist bekannt, dass die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten eine immer grössere Herausforderung wird.

Die doch bescheidenen Entschädigungen sind seit vielen Jahren unverändert und der Arbeitsanfall aufgrund der immer komplexer werdenden Themen wird stetig grösser. Es ist dringend notwendig, dass über eine geeignete Form von personeller Unterstützung und damit verbundenen zeitlichen Entlastung der Abgeordneten nachgedacht würde. Dafür müssten die Fraktionen bzw. Parteien ihre Köpfe zusammenstecken, um entsprechende Möglichkeiten auszuloten. So

könnte eine echte Stärkung des Landtags erreicht werden. Als Folge daraus werden dann auch grosse Zusatzaufwendungen wie eine BLK realistisch.



Marcel Kaufmann
FBP-Vizepräsident



Judith Hoop
FBP-Vizepräsidentin